

## Fragen

für die Fragestunde der 48. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 16. Juni 2010

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	23, 24	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Arnold, Rainer (SPD)	19, 20	Körper, Fritz Rudolf (SPD)	21, 22
Barnett, Doris (SPD)	90, 91	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	2	Kramme, Anette (SPD)	12, 13
Bluhm, Heidrun (DIE LINKE.)	51, 52	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	6, 7
Brandner, Klaus (SPD)	63, 64	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	81, 92
Bülow, Marco (SPD)	82, 95	Kühn, Stephan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	1, 38	Kumpf, Ute (SPD)	77
Crone, Petra (SPD)	32, 33	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	75, 76
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	62, 74	Lötzer, Ulla (DIE LINKE.)	88, 89
Dittrich, Heidrun (DIE LINKE.)	3	Marks, Caren (SPD)	34, 35
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	14	Mast, Katja (SPD)	10, 11
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 80	Menzner, Dorothee (DIE LINKE.)	60, 61
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Möhring, Cornelia (DIE LINKE.)	8
Gleicke, Iris (SPD)	15	Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 85
Gloser, Günter (SPD)	68, 69	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	66, 67
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	79, 86	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Nink, Manfred (SPD)	93, 94
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Humme, Christel (SPD)	36, 37	Pflug, Johannes (SPD)	70, 71
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	72, 73	Rix, Sönke (SPD)	30, 31

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	83, 84	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 40
Schmidt, Ulla (Aachen) (SPD) .....	65	Dr. Volkmer, Marlies (SPD) .....	57
Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD) .....	45, 46	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	56, 97
Schreiner, Ottmar (SPD) .....	16, 17	Weinberg, Harald (DIE LINKE.) .....	41, 42
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	9, 87	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	55
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	25, 96	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) .....	4, 5

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	17
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes .....	18
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	23



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

1. Abgeordnete  
**Dr. Martina Bunge**  
(DIE LINKE.)

Ist es für die Bundesregierung zum Schutz der Ehe notwendig, dass zwei unverheiratete, zusammenlebende Lebenspartner einerseits laut Zweitem Buch Sozialgesetzbuch beim Bezug von Arbeitslosengeld II (ALG II) als Bedarfsgemeinschaft gerechnet werden und dadurch beispielsweise ein arbeitsloser, einkommensloser Partner wegen des Gehalts des Lebenspartners kein ALG II erhält und andererseits laut Fünftem Buch Sozialgesetzbuch dieser einkommenslose Partner nicht familienmitversichert wird, sondern sich selbst unter Berücksichtigung des Einkommens des Lebenspartners freiwillig gesetzlich versichern muss, oder besteht nach Ansicht der Bundesregierung trotz des Schutzes der Ehe die Möglichkeit, diese und andere massive Benachteiligungen von unverheirateten Lebenspartnerschaften gegenüber verheirateten Paaren aufzuheben?
2. Abgeordneter  
**Matthias W. Birkwald**  
(DIE LINKE.)

Bei wie viel Prozent der Verleihunternehmen nehmen die Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit jährlich örtliche Prüfungen vor, und was sind die häufigsten festgestellten Mängel?
3. Abgeordnete  
**Heidrun Dittrich**  
(DIE LINKE.)

Wie definiert die Bundesregierung einen „unsachgerechten Einsatz“ von Leiharbeit, wenn neben der Personalplanung und der Gestaltung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten auch der „sachgerechte Einsatz“ der Zeitarbeit nach Auffassung der Bundesregierung gemäß ihrer Antworten auf die Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. „Leiharbeit in Krankenhäusern“ und „Lohndumping-Leiharbeit von Redakteurinnen und Redakteuren in Zeitungsverlagen“ (Bundestagsdrucksachen 17/1321 und 17/1724) in der Verantwortung der Krankenhäuser und Zeitungsverlage liegt, und auf welche gesetzliche Regelung stützt sich die Bundesregierung bei ihrer Definition?
4. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)

Welche Ergebnisse hat das Prüfverfahren des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 40 und 41 auf Bundestagsdrucksache 17/494) bisher gebracht, insbesondere bezogen darauf, ob die Firma Schlecker im letzten Jahr durch die Kooperation mit der Leiharbeitsfirma Meniar gegen die bestehenden Vorschriften der Leiharbeit

verstoßen hat und ob die bereits bei Meniar Beschäftigten Arbeitnehmer/-innen weiter an Schlecker ausgeliehen werden?

5. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann**  
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit zum Fall der Firma Schlecker vom 11. Januar 2010, die lautete: „Schlecker hat offenbar Stammebelegschaft entlassen, um sie dann in einer eigens gegründeten Zeitarbeitsfirma zu niedrigeren Löhnen wieder einzustellen.“ und weiter: „Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verbietet so etwas nicht. Hier sind politische Entscheidungen nötig.“, und stimmt die Bundesregierung der Aussage zu, dass die Bundesagentur für Arbeit zwar die gewerberechtliche Zulässigkeit von Zeitarbeitsfirmen prüfen darf, aber gegen die von der Bundesregierung gewählte Definition eines missbräuchlichen Einsatzes von Zeitarbeit (siehe Antwort auf die Kleine Anfrage „Leiharbeit in Krankenhäusern“ auf Bundestagsdrucksache 17/1321) nicht vorgehen kann, weil das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) keine gesetzliche Definition eines derart definierten missbräuchlichen Einsatzes von Zeitarbeit kennt und damit auch kein Verstoß gegen das AÜG festgestellt werden kann?

6. Abgeordnete  
**Jutta  
Krellmann**  
(DIE LINKE.)

Wenn nach eigener Definition der Bundesregierung der missbräuchliche Einsatz von Zeitarbeit dort vorliegt, „wo Zeitarbeit dazu genutzt wird, systematisch Stammbeschäftigte durch Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer zu ersetzen, um die Arbeitsbedingungen der Einsatzbranche zu umgehen und sich den Pflichten eines verantwortungsvollen Arbeitgebers zu entziehen“ (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 8. April 2010 „Leiharbeit in Krankenhäusern“ auf Bundestagsdrucksache 17/1321), trifft es dann zu, dass aufgrund der Tatsache, dass die Personalservice GmbH (PSG) als hausinterne Leiharbeitsfirma und 100-prozentige Tochter des Universitätsklinikums Essen rund 300 Beschäftigte, die bei der PSG angestellt sind, an das Mutterunternehmen verleiht und dort bis zu 30 Prozent weniger Lohn als Festangestellte für die gleiche Arbeit, sechs Tage weniger Urlaub, keine betriebliche Altersvorsorge und keine Jahressonderzahlung erhalten und dass Beschäftigte mit einem zuvor befristeten Vertrag mit dem Universitätsklinikum nach dessen Auslaufen nur ein Angebot über die PSG als Leiharbeitskraft bekommen, es sich gemessen an der Definition der Bundesregierung hierbei um einen missbräuchlichen Einsatz von Zeitarbeit handelt?

7. Abgeordnete  
**Jutta  
Krellmann**  
(DIE LINKE.)
- Welcher Unterschied besteht nach Ansicht der Bundesregierung zwischen dem Einsatz von Zeitarbeit beim Universitätsklinikum Essen und deren hausinterner Leiharbeitsfirma (PSG), wo Neueinstellungen und Beschäftigte mit einem befristeten Vertrag mit dem Universitätsklinikum nach dessen Auslaufen häufig nur noch zu deutlich schlechteren Bedingungen über die Leiharbeitsfirma PSG erfolgen, und den von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, auf dem Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 19. Mai 2010 geschilderten Fällen, wonach „Stammebelegschaften rausgeschmissen [werden] und über die Leiharbeit wird die Stammebelegschaft ersetzt, wie das bei Schlecker der Fall gewesen ist, und zwar zu kleineren Löhnen, zu schlechteren Arbeitsbedingungen. Wir sehen jetzt in einem großen Gesundheitsunternehmen, dass junge Menschen ausgebildet werden, ihnen anschließend aber gesagt wird: Wir haben für Euch in diesem Unternehmen keine Anstellung. Aber wenn Ihr zu der Zeitarbeitsfirma geht, dann könnt Ihr über die Zeitarbeit zu schlechteren Löhnen und schlechteren Bedingungen hier wieder eingestellt werden“?
8. Abgeordnete  
**Cornelia  
Möhring**  
(DIE LINKE.)
- Welchen konkreten gesetzlichen Handlungsbedarf zur Vermeidung von Missbrauch in der Leiharbeit gemäß der Definition der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Leiharbeit in Krankenhäusern“ (Bundestagsdrucksache 17/1321) sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Aussage der Bundesministerin für Arbeit und Soziales auf dem Bundeskongress des DGB am 19. Mai 2010, dass die gefundenen tarifvertraglichen Lösungen noch Schlupflöcher aufweisen, und wie soll konkret verhindert werden, dass Leiharbeitsbeschäftigte Stammebelegschaften zu niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen ersetzen?
9. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat das von der Bundesregierung beschlossene „Sparpaket“ für die in Deutschland lebenden Menschen mit Behinderungen?
10. Abgeordnete  
**Katja  
Mast**  
(SPD)
- In welchem Umfang sind angesichts der beabsichtigten Mittelkürzungen sowie angesichts bestehender Verbindungen im nächsten Jahr noch Neubewilligungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

möglich, und wie stellt sich die Lage jeweils in den Rechtskreisen des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch dar?

11. Abgeordnete  
**Katja Mast**  
(SPD)

Welche konkreten Folgen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung durch die Umwandlung von sogenannten Pflicht- in Ermessensleistungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, beispielsweise für das Recht auf Nachholen des Hauptschulabschlusses, das Recht auf Ausbildung für Altbewerber (Ausbildungsbonus) sowie das Recht auf Spracherwerb, und inwiefern sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ihr Ziel noch als gegeben an, keine Mittelkürzungen im Bereich der Bildungspolitik vorzunehmen?
12. Abgeordnete  
**Anette Kramme**  
(SPD)

Welche arbeitsmarktpolitischen Pflichtleistungen sollen in Kannleistungen umgewandelt werden?
13. Abgeordnete  
**Anette Kramme**  
(SPD)

Bezieht sich die beabsichtigte Verstetigung der Mittel für den Eingliederungstitel auf Basis des Jahres 2006 auf die Ist- oder auf die Soll-Größen im Haushalt 2006, und wie sehen die diesbezüglichen Plagungsansätze getrennt nach den Rechtskreisen des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch für die Folgejahre aus?
14. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung aktuelle Anweisungen der Bundesagentur für Arbeit an Jobcenter, nach denen die Eingliederungsleistungen für Bezieherinnen und Bezieher von ALG II allein auf die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt auszurichten sind, und stehen diese Weisungen im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung geplanten Umwandlung der Eingliederungshilfen von einer Pflicht- in eine Ermessensleistung?
15. Abgeordnete  
**Iris Gleicke**  
(SPD)

Wie gewährleistet die Bundesregierung, dass mit dem Programm „Bürgerarbeit“ die gesetzlichen Möglichkeiten der Förderarbeit nicht nur erweitert werden, sondern auch dem EU-Additionalitätsprinzip entsprechen, was eine Voraussetzung für die Fortsetzung des Programms ist?



16. Abgeordneter  
**Ottmar  
Schreiner**  
(SPD)
- Begründet die Bundesregierung die Abschaffung der Rentenversicherungsbeiträge für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II tatsächlich damit, dass zur Bekämpfung von Altersarmut ja die Grundsicherung im Alter zur Verfügung steht, und soll die Arbeit der Regierungskommission, die laut Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP eingesetzt werden soll, sich an dieser sozialpolitischen Philosophie orientieren, dass beitragsgedeckte Versicherungsleistungen durch fürsorgeorientierte Leistungen ersetzt werden?
17. Abgeordneter  
**Ottmar  
Schreiner**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine Änderung des § 10a des Einkommensteuergesetzes notwendig ist, damit nach dem geplanten Wegfall der Beitragszeiten in der Rentenversicherung von Bezieherinnen und Beziehern der Grundsicherung für Arbeitsuchende diese weiterhin einen Anspruch auf die geförderte Altersvorsorge besitzen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

18. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung das Ökosiegel der EU-Kommission für den Anbau von Energiepflanzen für ausreichend, und falls nein, was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, damit strengere Kriterien angewendet werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

19. Abgeordneter  
**Rainer  
Arnold**  
(SPD)
- Welcher Personalumfang bei den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr kann mit Ablauf des Tarifvertrages Umbau Bundeswehr (TVUmBw) zum Ende des Jahres 2010 erreicht werden, und wie viel Zivilpersonal muss dann noch bis zum Erreichen der Zielstruktur abgebaut werden?

20. Abgeordneter  
**Rainer  
Arnold**  
(SPD) Welche Nachfolgeregelungen sind geplant, falls die Zielstruktur beim Zivilpersonal bis Ende des Jahres nicht erreicht werden kann?
21. Abgeordneter  
**Fritz Rudolf  
Körper**  
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag angesichts der aktuellen Haushaltslage auf Umsetzung der Stationierungsentscheidungen zu verzichten, wenn notwendige Baumaßnahmen am neuen Standort noch nicht begonnen worden sind, wie beispielsweise bei der noch nicht umgesetzten Verlegung der abgesetzten Fachgruppe Systemunterstützungszentrum Führungsdienste der Luftwaffe von Birkenfeld nach Erndtebrück?
22. Abgeordneter  
**Fritz Rudolf  
Körper**  
(SPD) Welche Auswirkungen hat der Beschluss des Bundeskabinetts zum Verzicht auf die für 2011 geplante Erhöhung des Weihnachtsgeldes für Beamte auf die Beschäftigten im Organisationsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung?
23. Abgeordneter  
**Jan van  
Aken**  
(DIE LINKE.) Welche Aufgaben übernimmt die Carrier Strike Group um den Flugzeugträger USS Harry S. Truman, zu der auch die Fregatte HESSEN gehört, im Indischen Ozean, und wie beteiligt sich die Fregatte HESSEN bis zu ihrer Rückfahrt Ende Juni 2010 an der Auftragserfüllung?
24. Abgeordneter  
**Jan van  
Aken**  
(DIE LINKE.) Wird der Verband auch in den Persischen Golf einfahren, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung das Risiko von Zwischenfällen mit der iranischen Marine?
25. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Bestätigt die Bundesregierung den Einsatz von DU-Munition (Munition mit abgereichertem Uran) durch die US-Streitkräfte nicht nur allgemein für Afghanistan, sondern auch für den Norden des Landes, wo die Bundeswehr derzeit die Verantwortung für die Sicherheit trägt, und wenn ja, welche konkreten Schutzmaßnahmen hat die Bundeswehr in ihrem Mandatsgebiet veranlasst, um nicht nur die Soldaten der Bundeswehr, sondern auch die afghanische Bevölkerung vor toxischen und radiologischen Schädigungen als Folge des Einsatzes von DU-Munition wirksam zu schützen?\*)

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 96.

26. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Wie viele Hinterbliebene des Bombardements von Kunduz am 4. September 2009 werden in den laufenden Gesprächen über Entschädigungsleistungen mit dem Bundesministerium der Verteidigung von der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHCR) vertreten?
27. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Hat das Bundesministerium der Verteidigung keine Zweifel mehr an der Rechtmäßigkeit und Korrektheit der 79 Vollmachten, die der Anwalt Karim Popal von Hinterbliebenen der Opfer des Bombardements bei Kunduz am 4. September 2009 ausgestellt bekommen hat?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

28. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Inwiefern plant die Bundesregierung, dem Bundesamt für den Zivildienst weitere Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu übertragen und insbesondere Verwaltungsaufgaben der Jugendfreiwilligendienste dort zu zentralisieren, und welche Auswirkungen auf die Trägerautonomie werden diesbezüglich erwartet?
29. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Inwiefern dient die Übernahme der Verwaltungsaufgaben des geplanten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses nach § 41a des Zivildienstgesetzentwurfs (so genannter freiwilliger zusätzlicher Zivildienst) dem Bund dazu, Aufgabenverwaltungen, die bei anderen Arbeitsverhältnissen den Einrichtungen selbst bzw. den Kommunen, Landkreisen und Ländern zufallen, an sich zu ziehen und zu zentralisieren?
30. Abgeordneter  
**Sönke Rix**  
(SPD)      Wird das Bundesamt für den Zivildienst neue Aufgaben nach der Umstrukturierung im Bereich Wehrdienst/Zivildienst übernehmen, und wenn ja, welche?

- 
31. Abgeordneter  
**Sönke Rix**  
(SPD) Von welcher Größenordnung geht die Bundesregierung bei den jungen Männern aus, die zwischen dem 1. August und dem 31. Dezember 2010 ihren Zivildienst beginnen?
32. Abgeordnete  
**Petra Crone**  
(SPD) Inwiefern plant die Bundesregierung, ein Gremium – ähnlich des 2003 von der damaligen Bundesregierung einberufenen „Runden Tisches Pflege“ – zur Erarbeitung eines detaillierten Konzeptes einer Familienpflegezeit einzuberufen?
33. Abgeordnete  
**Petra Crone**  
(SPD) Was hat die Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode unternommen, um die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen in stationären Einrichtungen umzusetzen?
34. Abgeordnete  
**Caren Marks**  
(SPD) Wie groß ist die Gruppe der Mindestelterngeldbezieher und -bezieherinnen (bitte aufgeschlüsselt nach Schülerinnen, Studentinnen, Hausfrauen und Hausmännern sowie SGB-II-Leistungsbeziehern), und welche Kosten für den Haushalt sind damit verbunden (Angaben bitte sowohl insgesamt als auch für jede Gruppe separat)?
35. Abgeordnete  
**Caren Marks**  
(SPD) Wie viele Alleinerziehende wären nach Kenntnis der Bundesregierung von der Anrechnung des Elterngeldes auf SGB-II-Leistungen betroffen (bitte Angaben nach Geschlecht)?
36. Abgeordnete  
**Christel Humme**  
(SPD) Wie wird sich die Höhe des Elterngeldes zu den am 10. Juni 2010 veröffentlichten Daten des Statistischen Bundesamtes verändern, wonach Familien im Schnitt 699 Euro Elterngeld und diejenigen Familien, in denen Vater und Mutter vorher beide gearbeitet haben, durchschnittlich 922 Euro erhalten, wenn die mit den Sparvorschlägen geplante Absenkung der Berechnungsgrundlage von jetzt 67 Prozent auf 65 Prozent Realität wird (bitte Angabe der Höhe des dann zu erwartenden Elterngeldes jeweils für beide Gruppen)?

37. Abgeordnete  
**Christel Humme**  
(SPD)
- Welche Berechnungen über die Auswirkungen der Absenkung der Bemessungsgrundlage für das Elterngeld sind von der Bundesregierung für die einzelnen Einkommenshöhen der Bezieher und Bezieherinnen angestellt worden (bitte im Einzelnen darlegen), und treffen die nach Beispielrechnungen des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler für „FOCUS Online“ (s. FOCUS Online vom 8. Juni 2010) errechneten Einbußen beim Elterngeld bei einem Nettoeinkommen von 1 500 Euro auf 341,64 Euro im Jahr zu ebenso wie die monatlichen Einbußen beim Elterngeld je nach Einkommen zwischen 25 und 54 Euro im Monat?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

38. Abgeordnete  
**Dr. Martina Bunge**  
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung im Einzelnen den vom Bundesrat eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über den Beruf des/der Operationstechnischen Assistenten/Assistentin (Bundratsdrucksache 10/521), und bis wann will die Bundesregierung eine bundeseinheitliche Regelung dieses Berufsbildes gesetzlich verankert haben?
39. Abgeordneter  
**Dr. Harald Terpe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die laut Presseberichten (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 1. Juni 2010) durch vier gesetzliche Krankenversicherungen in einem Brief an den Bundesminister für Gesundheit, Dr. Philipp Rösler, formulierte Befürchtung, die Hausarztverträge nach § 73b SGB V würden zu Mehrausgaben von 1,5 Mrd. Euro führen, und in welcher Weise wird die Bundesregierung dieser Befürchtung Rechnung tragen?
40. Abgeordneter  
**Dr. Harald Terpe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird die Bundesregierung den Vorschlag der vier Krankenkassen aufgreifen und die bestehende Regelung zur hausarztzentrierten Versorgung so modifizieren, dass im Bereich der hausarztzentrierten Versorgung wieder echter Vertragswettbewerb ohne Kontrahierungszwang ermöglicht wird, und wenn sie diesen Vorschlag nicht aufgreifen will, warum nicht?

41. Abgeordneter  
**Harald  
Weinberg**  
(DIE LINKE.) Sind der Bundesregierung Krankenkassen bekannt, die sich darüber beklagen, dass eine unzureichende Ausgestaltung des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) sie benachteiligt, und welche Gründe sprechen dagegen oder dafür, den Morbi-RSA nicht nur auf etwa 80 Krankheiten, sondern möglichst umfassend auszugestalten?
42. Abgeordneter  
**Harald  
Weinberg**  
(DIE LINKE.) Wie läuft aus der Sicht eines Versicherten eine Schließung bzw. Insolvenz seiner Krankenkasse ab, und was passiert, wenn er sich nicht aktiv um eine Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse bemüht?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

43. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Inwieweit kann die Bundesregierung bestätigen, dass leere Güterwagen der Deutschen Bahn AG aufgrund fehlender Abstellkapazitäten bzw. in den vergangenen Jahren zurückgebauten Abstellkapazitäten für leere Güterwagen auf dem Gleisnetz hin- und hergefahren werden, und welche Zahlen liegen der Bundesregierung zu den in den vergangenen Jahren zurückgebauten Abstellkapazitäten vor (Anzahl der Abstellgleise oder Gleislängen)?
44. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Ist die Bundesregierung bereit, zu Gunsten zusätzlicher Projekte für den Lärmschutz an bestehenden Bundesfernstraßen Haushaltsmittel aus dem Straßenbauetat umzuschichten, wenn die Länder jeweils konkrete Lärmschutzmaßnahmen vorlegen und im Gegenzug bereit sind, den Mittelansatz für Bedarfsplanprojekte in ihren Ländern zu senken?
45. Abgeordnete  
**Silvia  
Schmidt  
(Eisleben)**  
(SPD) Wird die Bundesregierung das Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ in allen Modellregionen fortsetzen, und wird insbesondere die Modellregion „Mansfeld-Südharz, Kyffhäuserkreis“ weiter gefördert?

46. Abgeordnete  
**Silvia Schmidt (Eisleben)**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen wurden in der Modellregion „Mansfeld-Südharz, Kyffhäuserkreis“ bereits konkret umgesetzt, und wie bewertet die Bundesregierung die konkrete Umsetzung bezüglich der Wirksamkeit auf den demografischen Wandel in dieser Modellregion?
47. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie passt es zusammen, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, sich besonders dafür einsetzt, „die ländlichen Räume gut und bestmöglich zu entwickeln“ (Plenarprotokoll 17/4, S. 163B) und dann das dafür neuaufgelegte Programm zur Förderung von kleineren Städten und Gemeinden gleich wieder gekürzt wird, und wie sieht dann die Strategie der Bundesregierung für kleinere Städte und Gemeinden vor dem Hintergrund des demografischen Wandels im ländlichen Raum aus?
48. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung den städtebaulichen Herausforderungen durch Klima- und demografischen Wandel begegnen, wenn die finanzielle Ausstattung der Städtebauförderprogramme gekürzt wird?
49. Abgeordnete  
**Bettina Herlitzius**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Gesamthöhe soll es bei den Städtebauförderprogrammen, die vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 9. Juni 2010 angekündigten Einsparungen geben, und wie sehen diese Einsparungen konkret für die einzelnen Städtebauförderprogramme in den Haushaltsjahren 2011 bis 2014 aus?
50. Abgeordnete  
**Bettina Herlitzius**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie passt es zusammen, dass der von der Bundesregierung in der letzten Wahlperiode vorgelegte Stadtentwicklungsbericht 2008 für die Jahre 2007 bis 2013 einen Jahreswert von 700 Mio. Euro an direkten Städtebaufördermitteln des Bundes empfiehlt, die tatsächliche Höhe der Bundesmittel in den letzten Jahren aber nur 500 bis 550 Mio. Euro jährlich betrug und die Städtebaufördermittel jetzt noch weiter gekürzt werden sollen, und wie beurteilt die Bundesregierung den angesprochenen Stadtentwicklungsbericht 2008 in diesem Zusammenhang?

51. Abgeordnete  
**Heidrun Bluhm**  
(DIE LINKE.)
- Warum will die Bundesregierung, laut Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann, im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages am 9. Juni 2010, den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages erst „im September“ 2010 über die Ergebnisse der Überprüfung der Bedarfspläne informieren, obwohl die „Deutsche Verkehrs-Zeitung“ bereits am 12. Mai 2010 mit Bezug auf den zuständigen Referatsleiter meldete, dass die Schienenprojekte „alle eher schlechter in ihren Bewertungsergebnissen sind“, offenkundig also bereits Bewertungsergebnisse vorlagen?
52. Abgeordnete  
**Heidrun Bluhm**  
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist die Gesamtsumme des Finanzierungsbedarfs für die Beendigung aller in Bau befindlicher Bundesfernstraßenprojekte des Bedarfsplans ab 2011, und wie hoch ist vor dem Hintergrund der vom Bundeskabinett am 7. Juni 2010 beschlossenen Eckpunkte des Bundeshaushaltes der finanzielle Spielraum für die Aufnahme neuer Maßnahmen in den Straßenbauplan in 2011?
53. Abgeordnete  
**Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie soll die im Koalitionsvertrag auf Seite 41 im Kapitel „Bauen und Wohnen“ festgehaltene Zielsetzung, dass Wohnungspolitik „die [...] Folgen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels und den Klimaschutz“ bewältigen muss, trotz der gekürzten Finanzmittel für Gebäudesanierung und Stadtentwicklung erreicht werden?
54. Abgeordnete  
**Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung die Herausforderung, wie im Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft 2009, wobei der Gebäudereich als zentrale Herausforderung für die Klimaschutzpolitik gesehen wird, trotz der gekürzten Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm bewältigen?
55. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung es als eine Möglichkeit an, die Kürzung der Mittel der KfW Bankengruppe für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zu kompensieren, und ist die Bundesregierung angesichts der Haushaltslage bereit, ihre ablehnende Haltung gegenüber der Möglichkeit zu verwerfen, Mittel aus dem EFRE für die energetische Sanierung von Wohngebäuden zu nutzen?



56. Abgeordnete  
**Daniela Wagner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe sollen Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt im Jahr 2011 für das CO<sub>2</sub>-Gebäude-sanierungsprogramm (KfW Bankengruppe) bereitgestellt werden, und welche Finanzmittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung für das CO<sub>2</sub>-Gebäude-sanierungsprogramm vorgesehen?\*)
57. Abgeordnete  
**Dr. Marlies Volkmer**  
(SPD)
- Ist die Aussage in der Antwort auf meine Frage vom 9. Juni 2010, „der Schutz der Nachtruhe sei zu berücksichtigen“, so zu verstehen, dass das Nachtflugverbot in der jetzigen Form erhalten bleibt und den Anwohnern nicht mehr Nachtflüge zugemutet werden (vgl. Bundestagsdrucksache 17/1917, Frage 70)?
58. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Bedarf sieht die Bundesregierung beim Ausbau altengerechter Wohnungen, und wie kann dieser Bedarf ohne die Bereitstellung von Mitteln ab 2012 für das KfW-Bankengruppe-Programm „Altersgerecht Umbauen“ gesichert werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

59. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Kann der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, bereits ausschließen, dass es im Falle von Laufzeitverlängerungen für deutsche Atomkraftwerke (AKW) für die drei AKW, die aus seiner Sicht nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert sind (vgl. Interview in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20. Mai 2010), Laufzeitverlängerungen von wenigen Jahren, z. B. vier Jahren, geben kann, ohne dass bei diesen drei AKW zuvor bauliche Maßnahmen zum wirksamen Schutz vor Flugzeugabstürzen getroffen werden müssen, und falls nein, beabsichtigt er, zumindest im Falle von Laufzeitverlängerungen für diese drei AKW auf derartige bauliche Schutzmaßnahmen hinzuwirken, unabhängig vom Umfang ihrer Laufzeitverlängerung?

\*) Siehe hierzu auch Frage 97.

60. Abgeordnete  
**Dorothee  
Menzner**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern ist seitens des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit das Öko-Institut beauftragt worden, ein Gutachten bzw. eine anders bezeichnete Ausarbeitung bezüglich eines Langzeitsicherheitsnachweises zum Verbleib des eingelagerten radioaktiven Abfalls in der Asse vorzubereiten oder zu erbringen?
61. Abgeordnete  
**Dorothee  
Menzner**  
(DIE LINKE.)
- Auf welche zusätzlichen wissenschaftlichen Versuche stützt sich die Bundesregierung bei der Bewertung, Salz als geeignet für die Endlagerung von Atommüll anzusehen, angesichts dessen, dass nach Ansicht niederländischer Wissenschaftler es durch die Wirkung von radioaktiver Strahlung auf Salz zu Reaktionen kommen kann, die das Medium Salz verändert und in einen für die Endlagerung von hoch radioaktivem Atommüll (HAW) hochgefährlich ungeeigneten Zustand versetzt, laut Aussage von Prof. Dr. Wernt Brewitz aber die Versuche zur Auswirkung von Radioaktivität und thermischer Belastung durch HAW auf Salz in der Asse wegen gestrichener Finanzmittel der Kohl-Regierung Anfang der 90er-Jahre eingestellt worden sind?

#### **Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

62. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der jüngst vom Paritätischen Gesamtverband vorgestellten Studie zu den Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten, wonach unser Bildungssystem die „soziale Segregation reproduziert“ und „soziale Ungleichheiten ... zementiert“ (Vorstandsmitglied Barbara John, apn vom 9. Juni 2010), insbesondere im Hinblick auf das offenkundig nicht mehr erreichbare Ziel des Nationalen Integrationsplans, die Schulabbruchquote bei Migrantinnen und Migranten bis 2012 zu halbieren, und auf das verfassungsrechtliche Trennungsgebot?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

63. Abgeordneter  
**Klaus Brandner**  
(SPD)
- Bedeutet die Erklärung vom Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, in der Befragung der Bundesregierung am 9. Juni 2010, wonach im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ab 2011 „alle Maßnahmen für Bildung und Forschung von jeder Kürzung ausgeschlossen“ seien, dass die Bundesregierung Kürzungen bei den Mitteln für die Bildungspolitik des Auswärtigen Amts, namentlich bei den Titeln 681 11 – Stipendien, Austauschmaßnahmen und Beihilfen für Nachwuchswissenschaftler, Studierende und Hochschulpraktikanten aus dem Ausland sowie Betreuung und Nachbetreuung, 687 12 – Beziehungen zwischen deutschen und ausländischen Wissenschaftlern, Studierenden und Hochschulen einschließlich Gerätespenden an ausländische wissenschaftliche Institutionen, Titelgruppe 02 des Kapitels 05 04 – Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland und der internationalen Zusammenarbeit im Schulbereich (Schulfonds), Institutionen Goethe-Institut und Deutscher Akademischer Austauschdienst ausschließt?
64. Abgeordneter  
**Klaus Brandner**  
(SPD)
- Bei welchen der oben genannten Titel soll es zu Veränderungen und in welchem Umfang (bitte um titelgenaue Auflistung) kommen, wenn die Bundesregierung Kürzungen bei den Mitteln für die Bildungspolitik des Auswärtigen Amts nicht ausschließt?
65. Abgeordnete  
**Ulla Schmidt**  
(Aachen)  
(SPD)
- Welche Auswirkungen haben die Wechselkurschwankungen auf ausführende Organisationen und Mittlerorganisationen, und inwieweit wird dies in der Haushaltsaufstellung des Auswärtigen Amts berücksichtigt?
66. Abgeordneter  
**Dr. Rolf Mützenich**  
(SPD)
- Welche Auswirkungen haben die aktuellen Wechselkursschwankungen des Euros auf die Aufstellung des Etats des Auswärtigen Amts, und was sind die Konsequenzen im Personalbereich?
67. Abgeordneter  
**Dr. Rolf Mützenich**  
(SPD)
- Welche Auswirkungen haben die aktuellen Wechselkursschwankungen des Euros auf die Aufstellung des Etats des Auswärtigen Amts, und was sind die Konsequenzen im Bereich der Sach- und operativen Mittel?

68. Abgeordneter  
**Günter  
Gloser**  
(SPD)
- Wird im Zuge der Haushaltskonsolidierung die Möglichkeit einer Neuausrichtung der Botschaftsaufgaben der EU-Mitgliedstaaten konkret geplant, und wenn ja, welche Aufgabenschwerpunkte sollen die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten in Zukunft erfüllen?
69. Abgeordneter  
**Günter  
Gloser**  
(SPD)
- Welche personellen, sächlichen und finanziellen Veränderungen sind mit diesen Plänen verbunden?
70. Abgeordneter  
**Johannes  
Pflug**  
(SPD)
- Werden die Mittel des Titels 687 79 – Stabilitätspakt Afghanistan – in die Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung mit einbezogen (ausgehend vom Haushaltsansatz für 2010), und wenn ja, wie stark sollen die Mittel in den kommenden Jahren reduziert werden?
71. Abgeordneter  
**Johannes  
Pflug**  
(SPD)
- Welche Projekte sind aus welchem Grund von den Veränderungen betroffen?
72. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen über die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Island, und wie hat sich die Bundesregierung in den Verhandlungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen unabhängig vom Icesave-Streit eingesetzt?
73. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern soll im Falle der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der Icesave-Streit weiterhin eine Rolle spielen?
74. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung 2007 die Unterstützung von Maßnahmen der humanitären Hilfe zu Gunsten der Opfer des Westsahara-Konflikts seitens des Auswärtigen Amts als auch im selben Jahr die Unterstützung der sahrauischen Flüchtlinge im Rahmen der Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eingestellt, und inwieweit sieht die Bundesre-

gierung die derzeitige Lage in den Flüchtlingslagern als nicht mehr so kritisch an, dass weitere Hilfen im Rahmen der bis 2006 geleisteten Unterstützung notwendig sind?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

75. Abgeordneter  
**Christian Lange**  
**(Backnang)**  
(SPD)      Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung gegen den Antisemitismus im Internet, beispielsweise bei den sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter, der seit den Vorfällen vor der Küste Gazas immer brutālere und aggressivere Formen annimmt?
76. Abgeordneter  
**Christian Lange**  
**(Backnang)**  
(SPD)      Plant die Bundesregierung eine bundesweite oder europaweite Kampagne gegen Antisemitismus im Internet aufgrund des dort erschreckend ansteigenden Antisemitismus, und gibt es seitens der Bundesregierung Untersuchungen, inwieweit der Antisemitismus im Internet zugenommen hat?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

77. Abgeordnete  
**Ute Kumpf**  
(SPD)      Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung einleiten, um das mit Schreiben des Bundesministeriums der Justiz vom 16. April 2010 an Ute Kumpf festgestellte Dilemma gemeinnütziger Körperschaften zwischen dem im Gemeinnützigkeitsrecht festgelegten Gebot einer zeitnahen Mittelverwendung nach § 55 Absatz 1 Nummer 5 der Abgabenordnung und möglichen Rückforderungen empfangener Spenden durch Insolvenzverwalter – anfechtbar nach geltendem Insolvenzrecht sind unentgeltliche Leistungen eines Schuldners, die bis zu vier Jahre vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommen wurden, das Problem wird auch durch die mildere Haftung nach § 143 Absatz 2 Satz 1 der Insolvenzordnung für den Empfänger nicht gelöst – aufzulösen, und wie will die Bundesregierung ihre Ressortabstimmung effektiveren, um ressortübergreifende Anfragen – die Frage wurde mit Schreiben vom 4. März 2010 an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der

Finanzen, Hartmut Koschyk, und den Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz, Dr. Max Stadler, gestellt und bis heute nicht abgestimmt beantwortet – schneller zu beantworten und damit dem parlamentarischen Fragerecht Rechnung zu tragen?

78. Abgeordneter  
**Jerzy Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Für welche Vermögensdelikte des Strafgesetzbuchs (StGB) soll nach dem am 9. Juni 2010 vorgestellten Konzept der Bundesministerin der Justiz künftig keine primäre Sicherungsverwahrung (§ 66 StGB) mehr angeordnet werden können?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

79. Abgeordneter  
**Hans-Joachim Hacker**  
(SPD)
- Nimmt die Bundesregierung die Kritik aus Wirtschaftsverbänden an der geplanten nationalen Luftverkehrsabgabe für Passagiere ernst, und wie will sie wettbewerbsschädliche Auswirkungen auf deutsche Flughäfen sowie deutsche Fluglinien abwenden?
80. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die bis Ende 2010 befristete Aufhebung der Einschränkungen der Agrardiesel-Steuerbegünstigung zu verlängern, und falls ja, für welchen Zeitraum?
81. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die Aufhebung der Haushaltssperre in Höhe von 115 Mio. Euro im Rahmen des Marktanzreizprogramms in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 7. Juli 2010 aufzuheben, wie das Sekretariat des Haushaltsausschusses am 9. Juni 2010 mit folgendem Wortlaut mitteilte: „Die Koalition beantragt, die Diskussion darüber erst im Sachzusammenhang mit der jetzt für die Sitzung am 7. Juli 2010 fest zugesagten Entsperrungsvorlage zu führen“?
82. Abgeordneter  
**Marco Bülow**  
(SPD)
- Wann werden die Ergebnisse und Empfehlungen der Gemeindefinanzkommission (Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen) hinsichtlich der Neuordnung der Kommunal Finanzen genau vor-

liegen, und wie sieht der Zeitplan der Bundesregierung für eine gesetzliche Umsetzung der Empfehlungen aus?

83. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Werden Wertpapierleihgeschäfte und damit auch die Gewinne aus Leerverkäufen ertragsteuerlich anders behandelt als ökonomisch vergleichbare Wertpapierpensionsgeschäfte, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Regelung?
84. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Umfang von Wertpapierleihgeschäften und den jährlichen steuerlichen Ertrag, wenn diese wie ökonomisch vergleichbare Wertpapierpensionsgeschäfte besteuert würden?
85. Abgeordneter  
**Jerzy Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist im Rahmen der Schaffung eines europäischen Stabilisierungsmechanismus und der zwischenstaatlichen Vereinbarung der Mitgliedstaaten der Euro-Gruppe über die Errichtung einer Zweckgesellschaft zur Gewährung von Darlehen und Kreditlinien („europäische Finanzstabilisierungsfazilität“, EFSF), für den Gesellschaftsvertrag der Zweckgesellschaft vom 7. Juni 2010 sowie die Rahmenvereinbarung der Garantiegeber vor dem Notar Jacques Delvaux mit Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, mit diesem eine Honorarvereinbarung abgeschlossen worden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

86. Abgeordneter  
**Hans-Joachim Hacker**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung an den Plänen des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, fest, Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung zu kürzen, und wird davon der Tourismusbereich betroffen sein (Aussage von Rainer Brüderle im Interview mit dem Deutschlandfunk vom 6. Juni 2010)?
87. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat das von der Bundesregierung beschlossene „Sparpaket“ für den Tourismus und die Tourismuswirtschaft in Deutschland?

88. Abgeordnete  
**Ulla  
Lötzer**  
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) geforderte Rückabwicklung der durch den EuGH wegen der Verletzung europäischen Vergaberechts durch die Stadt Köln beim Bau der Hallen 15 bis 18 der KölnMesse gegebenenfalls auch ohne Zustimmung des Vertragspartners Grundstücksgesellschaft Messe 15–18 durchzusetzen, und wie kann sie in diesem Fall die Stadt Köln dabei unterstützen?
89. Abgeordnete  
**Ulla  
Lötzer**  
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, für eine im Falle eines endgültigen Scheiterns der Gespräche eventuell fällige Strafzahlung infolge der Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland durch den EuGH wegen der Verletzung europäischen Vergaberechts durch die Stadt Köln beim Bau der Hallen 15 bis 18 der KölnMesse die Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15–18 als Vertragspartner in Haftung zu nehmen, falls dessen Verschulden am Scheitern der Versuche zur Rückabwicklung vollumfänglich oder anteilig nachgewiesen werden kann?
90. Abgeordnete  
**Doris  
Barnett**  
(SPD)
- Ist seitens der Bundesregierung vorgesehen, im Zuge von geplanten Sparmaßnahmen bezüglich der Mittelausstattung für die Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Einsparungen ab dem Haushaltsjahr 2011 vorzunehmen, und wenn ja, in welchem Umfang sollen die Mittel für die GA (aufgelistet nach Haushaltsjahren) gekürzt werden?
91. Abgeordnete  
**Doris  
Barnett**  
(SPD)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung die Mittel der auslaufenden Investitionszulage des Bundes für die neuen Bundesländer zu kompensieren, und wie bewertet sie die Auswirkungen einer Reduzierung der GA-Mittel auf die mittelständische Wirtschaft in Deutschland?
92. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Projektanträge liegen bei der Bundesregierung für eine Förderung durch Einnahmen aus dem Emissionshandel („New Entrance Reserve“, Beschluss der Kommission NER 300) vor, und welche dieser Projektanträge erwägt die Bundesregierung zum Stichtag 31. Dezember 2010 bei der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Kommission einzureichen?



93. Abgeordneter  
**Manfred Nink**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Umsetzung der in der Leitinitiative „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“ der EU-Kommission aufgestellten Forderungen an die Mitgliedstaaten, die industrielle Basis zu modernisieren sowie die Rahmenbedingungen für Unternehmen – insbesondere für innovative kleine und mittlere Unternehmen – zu verbessern?
94. Abgeordneter  
**Manfred Nink**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, und welche plant sie zur Umsetzung der von der EU-Kommission in der Leitinitiative von den Mitgliedstaaten geforderten engen Zusammenarbeit, um zu einer gemeinsamen Bestandsaufnahme – wie eine starke industrielle und Wissensbasis erhalten und die EU in die Lage versetzt werden kann, in der nachhaltigen Entwicklung weltweit eine Vorreiterrolle einzunehmen – zu gelangen?
95. Abgeordneter  
**Marco Bülow**  
(SPD)
- Wird die geplante Einführung eines „steuerlichen Ausgleichs der Kernenergiewirtschaft“ (so laut der tabellarischen Übersicht zu den Eckpunkten der Bundesregierung zum sog. Sparpaket), mit dem die Kernenergiewirtschaft an den Sanierungskosten von Asse II steuerlich beteiligt wird und mit dem die Zusatzgewinne der Kernenergiewirtschaft durch die Einführung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels teilweise abgeschöpft werden, vollkommen unabhängig und abgekoppelt von der eventuellen Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke eingeführt, oder plant die Bundesregierung einen Teil oder gar die gesamten Steuermehreinnahmen mit einer späteren Gewinnabschöpfung bei einer möglichen Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu verrechnen?
96. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Finanzgeschäfte der Deutschen Bank AG mit Firmen, die Streumunition herstellen, wie dies der Studie „Weltweite Investitionen in Streumunition“ der internationalen Kampagne gegen Streumunition „Cluster Munition Coalition“ zu entnehmen ist, über die das TV-Magazin Report Mainz am 7. Juni 2010 berichtete, gegen das gesetzliche Verbot des Förderns der Entwicklung, Herstellung, der Ausfuhr von Streumunition nach § 18a des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KrWaffG) verstoßen, und was tut die Bundesregierung, um dieses gesetzliche Verbot durchzusetzen und die Verantwortlichen gemäß § 20a KrWaffG zur Rechenschaft zu ziehen?\*)

\*) Siehe hierzu auch Frage 25.

97. Abgeordnete  
**Daniela  
Wagner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, vertreten durch den Staatssekretär Dr. Bernhard Heitzer, dass keine Dringlichkeit für eine EU-Finanzierung von Energieeffizienzprojekten in Städten besteht (Antwort auf die Schriftliche Frage 53 auf Bundestagsdrucksache 17/1918), und wenn nein, mit welcher Begründung?\*)

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 56.



